

Syrien als Ernstfall

Das eigenmächtige türkische Abenteuer schwächt Berlin und läßt die EU nackt dastehen

Michael Paulwitz

Der Ernstfall bringt es an den Tag: Das Herumlavieren der deutschen und europäischen Politik angesichts des Einmarschs der türkischen Armee in die nordsyrischen Kurdengebiete hat aller Welt vor Augen geführt, daß Deutschland im internationalen Konzert nicht einmal mehr den Status einer respektierten Mittelmacht beanspruchen kann und die EU wenig mehr als einen zahnlosen Papiertiger mit imposantem bürokratischem Wasserkopf darstellt.

Deutschland ist nicht annähernd in der Lage, dem bloßgestellten EU-Popanz wenigstens eine eigenständige Interessenpolitik zur Seite zu stellen und die Brüsseler Hülle mit Richtung und Inhalten zu füllen. Der vielbemühte Status der Berliner Republik als „stärkstes“ EU-Mitglied ist bloße Staffage.

Auch der von Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer ins Spiel gebrachte Plan einer international garantierten „Sicherheitszone“ in Nordsyrien taugt letztlich nur für die Ablage mit der Aufschrift „Fromme Wünsche“. Als Chefin einer mutwillig bis zur Karikatur ihrer selbst heruntergewirtschafteten Truppe ist die deutsche Verteidigungsministerin eine Königin ohne Land und eine Oberkommandierende ohne Armee. Die Frage, ob die Bundeswehr sich an irgendeiner „multilateralen“ Lösung in Syrien beteiligen könne oder solle, stellt sich nur theoretisch.

Für die USA hat Donald Trump schon entschieden, ohne Berlin auch nur in den Verteiler zu setzen. Mehr als die Entsendung eines symbolpolitischen Kontingents, das gleichwohl reale Opfer an gefallenen Soldaten bedeuten könnte, käme für die zusammengeschrumpfte deutsche Armee wohl ohnehin nicht in Frage. Eine nüchterne, die Interessen und Möglichkeiten des eigenen Landes abwägende Erörterung der Handlungsoptionen findet jenseits moralischen Tremolierens über die Schrecken des Krieges im allgemeinen und den in der Tat schäbigen abermaligen Verrat des Westens an den Kurden gar nicht erst statt.

Würde sie ehrlich geführt, käme sie vielleicht zu analogen Schlußfolgerungen wie zuvor Trump für die USA: daß Deutschland kein geopolitisches Interesse im Mittleren Osten hat, daß die Neuordnung des Raumes nach dem von US-Verbündeten angerichteten Schlamassel beim russischen Präsidenten, der sowohl den neo-osmanischen Mächtetern-Sultan Erdogan als auch den syrischen Überlebenskünstler Assad in die Schranken verweisen kann, gar nicht so schlecht aufgehoben ist, und daß eine Einmischung in den orientalischen Dauerzank, mit Bismarck zu sprechen, nicht die Knochen eines einzigen gesunden Grenadiers wert ist.

Den fehlenden Machtmitteln entspricht das klägliche Niveau des politischen Personals. Schlüsselpositionen wie das Außen- und das Verteidigungsressort sind mit mittelmäßigen Parteikarrieristen besetzt, deren hohle Phrasendrescherei und Inkompetenz keinem Beobachter und erst recht keinem Gegner verborgen bleibt.

Nicht nur von Verbündeten und Partnern werden deutsche Ministerdarsteller kaum noch ernstgenommen. Der türkische Präsident, der sich mit seinem syrischen Abenteuer verrechnet hat, trifft gleichwohl mit dem sicheren Instinkt des Schulhofrüpels die Schwachstelle des deutschen Personals, wenn er dessen stumpf gewordene Sanktionsankündigungen verlacht und dem deutschen Außenminister ins Gesicht höhnt, der verstehe ja nichts von Politik.

In Putin mag Erdogan seinen Meister gefunden haben, gegenüber der Merkel-Regierung kann er allemal noch auftrumpfen wie ein Sultan, der seine Provinzgouverneure herunterputzt. Denn Deutschland ist nicht nur nach außen machtlos, sondern auch im Inneren geschwächt und erpreßbar. Und das vornehmlich durch eigene Schuld und Torheit.

Über Jahrzehnte hat die Bundesrepublik Großeinwanderung aus der Türkei zugelassen. Die daraus entstandenen Parallelgesellschaften bilden die Verwerfungen der Heimatgesellschaft getreulich ab. Erdogan nutzt seine Anhänger, die unter den in Deutschland lebenden türkischen Staatsbürgern und eingebürgerten türkischen Migranten überproportional vertreten sind, als fünfte Kolonne, um bei Bedarf die deutsche Politik unter Druck zu setzen.

Während Erdogans Imame in den von dessen Religionsamt finanzierten und von deutschen Politikern hofierten und subventionierten Moscheen Solidarität mit dem Sultan predigen, während Erdogans Fußballer landauf, landab ihrem Feldherrn salutieren und auf europäische Spielregeln pfeifen, nutzen seine kurdischen Widersacher den deutschen Rückzugsraum, um ihren Aufstand gegen die türkischen Unterdrücker auf europäischem Boden fortzusetzen. Demonstrationen, bei denen kurdische und türkische Nationalisten aneinandergeraten, gibt es seit Jahrzehnten. Das Integrationspalaver ist an ihnen ebenso spurlos vorbeigezogen wie an den kickenden Vorzeige-Migranten.

Zum importierten türkisch-kurdischen Bürgerkrieg hat sich mit der Massenmigration aus dem Orient und Nordafrika ein weiteres hochexplosives Pulverfaß gesellt. Die Merkel-Regierung hat zuerst vor dem Ansturm auf die deutschen Grenzen kapituliert, hat die Krisenherde in Syrien und dem Rest der Region dadurch faktisch zum innenpolitischen Problem Deutschlands gemacht und sich sodann mit einem fragwürdigen Abkommen auf Gedeih und Verderb dem Sultan vom Bosphorus ausgeliefert.

Der spielt diese Trumpfkarte bis zur letzten Transfermilliarde und bis zur letzten Asyl-Karawane aus. Wer ihm in die Quere kommt, riskiert, mit nach Millionen zählenden

Migrantenströmen geflutet zu werden. Die Migrationskrise ist der Urgrund der deutschen Paralyse, das hat Erdogans Syrien-Abenteuer in mitleidloser Schärfe klargemacht. Will es noch eine Zukunft haben, muß Deutschland seine Souveränität zurückgewinnen. Und Souveränität fängt an den Grenzen an.

Pankraz,

Nils Holgersson und der Zug der Kraniche

Dieser Herbst war warm und schön, die Züge der Kraniche lassen auf sich warten. Erst jetzt werden die ersten von ihnen gesichtet. „Seht jene Kraniche in großem Bogen! / Die Wolken, welche ihnen beigegeben, / Zogen mit ihnen, schon als sie entflohen / Aus einem Leben in ein andres Leben ...“ So singen, nach den Versen von Bert Brecht und der Musik von Kurt Weil, die Einwohner der verfluchten Stadt Mahagonny, Halunken und Huren allesamt, die gleichwohl einen Heidenrespekt vor den Kranichen haben und gern mit ihnen in ein „anderes Leben“ fortziehen würden.

Kraniche und Kranichzug lassen eben keinen kalt. Es sind herrliche Tiere, schöner und anmutiger als Adler und Klapperstorch, wohl auch klüger als Elster und Kolkrabe, dazu vornehm und ritterlich, zu unglaublich charmanten Liebestänzen begabt und mit einer Signalsprache ausgestattet, deren riesiges Repertoire von den trillernden Kontaktrufen für die Küken bis zu jenen schallenden Trompetentönen reicht, mit deren Hilfe sich die Vögel zu ihren erhabenen Wanderflügen von und nach den spanischen bzw. balkanischen Winterquartieren zusammenfinden.

Ihr Fliegen inklusive Start und Landung ist von einer Vollkommenheit, die einem schier den Atem verschlägt. Während andere große und vergleichsweise schwere Vögel wie Albatros oder Schwan beim Sicherheben sichtlich Mühe haben und dabei manchmal beinahe komisch wirken, bleibt bei den Kranichen alles souverän, präzise und scheinbar mühelos. Nach einigen wenigen eleganten Schritten heben sie wie von selbst vom Boden ab und fliegen von Anfang an völlig sicher und zielgerichtet.

Es sind Ruderflieger, sie können aber kreisend phantastische Höhen (bis zu 6.000 Metern) gewinnen und dann im Segelflug über weiteste Strecken dahingleiten. Tagesreisen von über tausend Kilometern sind keine Seltenheit. Die Durchschnittsgeschwindigkeit beträgt, je nach Rückenwind, zwischen 50 und 100 Kilometer pro Stunde. Am liebsten fliegen sie in Keilformation, richten sich aber auch hier nach den jeweiligen Gegebenheiten und wechseln spielend zu Reihen, ungleichschenkligen Winkeln usw. über, je nach Luftwiderstand und Fitneßgrad der einzelnen Fluggenossen.

Auch am Boden ist der praktische und gleichzeitig ungemein soziale Sinn der Kraniche geradezu sprichwörtlich. Es sind ausgesprochene Gemeinschaftstiere, aber jede Formation, die sie bilden, scheint durchlässig und jederzeit optimal anpassungsfähig. Es gibt bei den Kranichen nicht jenes rüde Pascha- und Cliqueswesen, das etwa die Umgangsformen in der Affenherde so peinlich und unansehnlich macht. Man findet sich zusammen und geht wieder auseinander, man begrüßt sich höflich und graziös, schränkt unumgängliche Revierstreitigkeiten auf das Notwendigste ein, bleibt gewissermaßen Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle.

Gegen äußere Feinde weiß man sich ohne Panik und mit großer Übersicht zu wehren. Brutpaare greifen Füchse und Wildschweine grundsätzlich an und zeigen dabei neben Mut Vigilanz und tänzerische Grazie. Man startet raffinierte Scheinangriffe und Scheinrückzüge. Läßt sich ein Seeadler am Schlafplatz oder auf der Äsungsfläche sehen, rückt man rasch zu burgähnlichen Verteidigungsgruppen zusammen und richtet die langen Schnäbel wie Speerspitzen gegen den Feind, der daraufhin meistens abdreht. Die meisten Verluste entstehen dadurch, daß Kolkraben oder Füchse in einem unbewachten Moment die Eier aus den Nestern stehlen.

Schönheit und individuelle wie kollektive Klugheit der Kraniche erregten von jeher die Bewunderung der Menschen. Das feinste Kompliment haben ihnen die Franzosen gemacht, deren Wort für edle Abstammung, „Pedigree“, von der Eleganz und Bewegungssicherheit des Kranichfußes (pied de grue) abgeleitet ist. Bei den chinesischen Mandarinen hieß der oberste Beamte „Der Kranich“ und trug das entsprechende Rangabzeichen. Bei den alten Römern stand der Kranich gleich für drei kardinale Überlebensstrategien: Prudentia (Klugheit), Custodia (unermüdliche Fürsorge) und Vigilantia (Wachsamkeit).

Man erzählte sich (und erzählt sich hier und da noch heute), daß der erwachsene Kranich nicht nur – wie andere Schreitvögel – nur auf einem Fuße schläft, sondern daß er in dem anderen stets ein Steinchen hält, dessen eventuelles Herunterfallen (wegen allzu großer Schlaftiefe, wegen sich nähernder ungeklärter Geräusche und dgl.) den Steinchenträger sofort hellwach macht und kräftigste Trompetentöne ausstoßen läßt. Als solcher Steinträger erschien der Kranich im Wappen vieler mittelalterlicher Gemeinden und konnte in Hinblick auf heraldische Häufigkeit ohne weiteres mit dem Adler, dem Stier und dem Löwen konkurrieren.

Verwunderlich bleibt dagegen, daß er in der Literatur, soweit Pankraz sieht, immer eine recht geringe Rolle gespielt hat. Es gibt ein bißchen Märchen- und Sagenkram, vor allem in Skandinavien und Rußland; es gibt die mensCHFressenden Kraniche bei Homer, die die armen Pygmäen überfallen; es gibt Schillers „Kraniche des Ibykus“ und das schnöde kleine Gedicht von Theodor Fontane über den flügellahmen Kranich, den seine Brüder in den fernen Süden locken, seiner Schwinge aber die Kraft dazu fehlt und ihn die Hühner deswegen auslachen: das war's dann schon. Selma Lagerlöfs Nils Holgersson ist bekanntlich mit den Wildgänsen unterwegs, nicht mit den Kranichen.

Bei Goethe fühlt sich Faust auf seinem erquickenden Osterspaziergang nach arg verbrachter Nacht „im Gefühl erhoben“, wenn „über Flächen, über Seen / Der Kranich nach der Heimat strebt“. Aber strebt er denn wirklich nach der Heimat? Ist sein gewaltiger Flug von einem Ort zum andern und zurück nicht Symbol für eine ganz andere Konstellation?

Die Leute in Brecht/Weills „Mahagonny“ jedenfalls sehen es so. Für sie ist der Zug der Kraniche eine ewige Wanderschaft ohne Ziel: „So unter Sonn und Monds verschiedenen Scheiben / Fliegen sie hin, einander ganz verfallen. / Wohin ihr? – Nirgend hin. – Von wem davon? – Von allen.“

Haltlose Vorwürfe

Sachsen: Kirchenleitung nimmt Rücktritt von Bischof Rentzing an / Online-Petition fordert Verbleib im Amt
Gernot Facius

Die Leitung der sächsischen Evangelisch-Lutherischen Kirche hat das Rücktrittsgesuch von Landesbischof Carsten Rentzing (52) mit Wirkung vom 31. Oktober, dem Reformationstag, angenommen, aber damit ist die Vertrauenskrise unter den rund 750.000 Protestanten im Osten der Republik (und vielleicht darüber hinaus) längst nicht ausgestanden. Im Gegenteil. Online-Petitionen pro und kontra Rentzing künden von einer inneren Spaltung: Wurde ein Kirchenleiter gemobbt, weil seine theologischen Positionen mit dem (linken) Mainstream in der EKD kollidieren? War die geschürte Empörung über Texte, die der gebürtige Berliner als Jüngling vor drei Jahrzehnten in einem Blättchen (Fragmente), Auflage 100 Exemplare, veröffentlichte, nur ein Vorwand, um einen unbequemen Geist loszuwerden?

In einer Petition auf der Online-Plattform Citizengo kitisierten konservative Theologen die Kampagne gegen den sächsischen Landesbischof und forderten den Verbleib von Rentzing im Amt. Er habe sich nichts zuschulden kommen lassen, „das einen Rücktritt rechtfertigen würde“. Deshalb sei es „nötig, ihn gegen den ausgeübten Druck und die gegen ihn gestartete Schmutzkampagne in Schutz zu nehmen und für seinen Verbleib im Amt einzutreten, damit die Intriganten nicht die Oberhand behalten“. Bis zum Redaktionsschluß dieser Ausgabe hatten knapp über 20.000 Personen diese Petition unterzeichnet.

Synodalpräsident Otto Guse bedauerte den Amtsverzicht des Bischofs („aus eigener freier Entscheidung“) und bekannte: „Ich habe selten einen so wunderbaren Geistlichen kennengelernt. Ich würde mich jederzeit unter die Kanzel setzen, unter der

er das Wort auslegt.“ Zu spät. Daran konnten auch Mahnwachen engagierter Gemeindemitglieder nichts mehr ändern.

Der Konflikt schwelte eigentlich schon seit Rentzings Wahl 2015. Es verging kaum eine Woche, in der nicht seine streng an der Bibel orientierte Haltung kritisiert wurde. In einem Zeitungsinterview hatte er bereits vor seiner Amtseinführung gesagt, Homosexualität entspreche nicht dem Willen Gottes; an dieser Auffassung hielt er fest. Daraus aber auf eine „homophobe“ Gesinnung zu schließen, wie dem Bischof unterstellt wurde, empfanden viele Sachsen als intellektuell unredlich. Denn er wolle, so hatte Rentzing gleich hinzugefügt, homosexuelle Menschen auf keinen Fall verletzen. Er bekannte sich sogar zum Beschluß der Landessynode, daß zwei verschiedene „biblisch grundierte Positionen zur Homosexualität Schutz und Raum in dieser Landeskirche genießen“. Half ihm das in seinem Amt? Wie man heute weiß: nein.

Historiker: „Geruch des Inquisitorischen“

Ignoriert wurden auch seine Warnungen vor „Scheitellinien zwischen schlechten und guten Flüchtlingen“. Nächstenliebe, sagte er, könne keine Grenzen haben. Auch eine bevorzugte Aufnahme von christlichen Asylbewerbern gegenüber Muslimen, wie sie einige osteuropäische Regierungen vertreten, sei nicht christlich. Sprach das für eine nationalistische Gesinnung?

Seine Gegner gruben in der studentischen Vergangenheit des Bischofs und förderten neben einer Mitgliedschaft in der schlagenden Verbindung „Alte Prager Landsmannschaft Hercynia“ rund 30 Jahre alte Zitate zutage, die sich, wenn man so will, als demokratiekritisch einordnen lassen. Der Historiker und Schriftsteller Klaus-Rüdiger Mai (Zossen bei Berlin) sieht in den Attacken gegen Rentzing einen „Geruch des Inquisitorischen“. Erstens, so der Autor der Streitschrift „Geht der Kirche der Glaube aus?“, sei es unseriös, Zitate aus dem Zusammenhang zu lösen, und zweitens habe jeder Mensch auch das Recht, sich zu ändern. Rücktrittsforderungen unter anderem damit zu begründen, daß der Landesbischof zwei Jahre vor seiner Wahl einen Vortrag in der Berliner „Bibliothek des Konservatismus“ gehalten hat, sei in politischer wie in theologischer Hinsicht niederschmetternd: Denn zum einen entlarve dies eine mangelnde demokratische Haltung, und zum andern würden diese Maßstäbe die Frage auf, wo Jesus Christus, wo Petrus und wo Paulus nach dem Willen der Petenten hätten predigen dürfen und wo nicht, schrieb Mai in einem idea-Kommentar.

Der Autor kommt auch gleich auf das „eigentliche Problem“ zu sprechen, das sich im Umgang mit dem Bischof zeige: Es liege in der Umwandlung der Kirche Christi in eine politische Vorfeldorganisation. Mai verweist auf einen Kommentar in dem evangelischen Magazin Zeitzeichen, das unter anderem vom EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm mitherausgegeben wird. Darin heißt es: „Rentzing, Jahrgang 1967 und bis vor kurzem der jüngste Leitende Geistliche der EKD, äußerte sich in seinem Amt überhaupt nicht politisch. Damit war er in der Tat aus der Zeit gefallen,

denn zur Praxis Leitender Geistlicher in der EKD gehört es eben heute, daß sie sich regelmäßig politisch äußern und dies in der Regel eindeutig im links-liberalen Spektrum.“ Lassen sich die Aversionen gegen den sächsischen Bischof deutlicher begründen?

Der angesehene ehemalige thüringische Landesbischof Werner Leich war ebenfalls Mitglied einer schlagenden Verbindung gewesen. „Bei Bischof Leich hat dies (zu Recht) niemanden interessiert, bei Bischof Rentzing wird dies zum Skandal gemacht. Warum?“ So klagten Rentzing-Unterstützer aus evangelikalen Kreisen und sprechen von einer „Haltlosigkeit der Vorwürfe“. Es sei an der Zeit, zu einem „brüderlichen Gespräch“ mit dem Landesbischof zurückzukehren.

Dafür scheint es nun zu spät zu sein. Auf der Frühjahrssynode 2020 soll ein Rentzing-Nachfolger gewählt werden.

Biographien künftiger Bewerber stärker prüfen

Auch Synodalpräsident Guse findet Anstößiges im Umgang mit dem Kirchenleiter. Vorsichtig formulierte er zwei Fragen: Sei eine Petition ein geeignetes Mittel, um Personalfragen zu klären? Was sei rechtsextrem und was ein wertkonservativer Christ? Man wolle die Biographie künftiger Bischofskandidaten stärker prüfen. Soweit dies möglich sei, fügte Guse hinzu: „Wir sind ja kein Staatsschutz!“ Damit grenzte er sich indirekt von der Forderung einzelner Rentzing-Kritiker nach einer peniblen Durchleuchtung des Lebens von Bewerbern ab.

Inzwischen fragen sich viele Kirchenmitglieder: Wird der Amtsverzicht des Landesbischofs zu einer dauerhaften Beruhigung in der sächsischen Kirche beitragen? Zweifel sind angebracht.

Die Petition für den Verbleib von Sachsens Landesbischof Carsten Rentzing im Amt findet sich auf der Internetseite

www.citizengo.org

„Modell Deutschland“ verblüht

Unser Land steigt ab

Max Otte

Vor anderthalb Jahrzehnten schrieb Gabor Steingart, seinerzeit Journalist beim Spiegel, später Handelsblatt-Herausgeber und derzeitiger Herausgeber des vielbeachteten „Morning Briefings“ das Buch „Deutschland – Abstieg eines

Superstars“. Wahrscheinlich hätte sich Steingart damals nicht in seinen schlimmsten Alpträumen ausmalen können, was seitdem passiert ist. Nicht nur ist Deutschland abgestiegen, die deutsche Bevölkerung verarmt international gesehen, sogar im Vergleich zu Ländern wie Italien, die deutschen Großbanken rangieren international unter „ferner liefen“, die Großkonzerne sind demoralisiert oder in internationaler Hand, der Mittelstand, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft, wird durch Gesetze und Regeln Stück für Stück stranguliert.

Noch viel schlimmer – die Deutschen haben unter Kanzlerin Angela Merkel eine erstaunliche Neigung zum wirtschaftlichen Selbstmord entwickelt. Als ob die deutsche Wirtschaft mit dem Kampf gegen das deutsche Banken- und Finanzsystem nicht schon genug belastet wäre, folgten im Abstand von wenigen Jahren die Energiewende, die Öffnung der Grenze für Migranten und die Offensive gegen das Herzstück der deutschen Industrie, die Autobranche – all das, ohne daß es schon entsprechende Zukunftsindustrien gäbe, die unseren Wohlstand auch in Zukunft sichern werden.

Dabei hatte diese Wirtschaft zwei Weltkriege überstanden und sich wieder erholt. Insbesondere die Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs, die vielen Toten, die selbstverschuldeten Verluste an Ingenieuren und Wissenschaftlern und der gigantische Abzug von intellektuellem Eigentum hätten Deutschland nach menschlichem Ermessen auf Dauer erledigen müssen. Der Transfer lief massiv in Richtung Siegermächte, wie Bruno Bandulet in seinem lesenswerten Buch „Beuteland. Die systematische Plünderung Deutschlands seit 1945“ ausführt. Gemessen an den relativ überschaubaren Summen, die der Marshallplan zur Verfügung stellte, wäre der Verlust an Menschen, Wissen und Schlüsselindustrien eigentlich letal gewesen.

War er aber nicht. Trotz des extremen Aderlasses und der schwierigen Startbedingungen stieg die westdeutsche Wirtschaft phänomenal und schnell wieder in die Weltspitze auf. In den 1960er und 1970er Jahren hatte die Bundesrepublik nach den USA und Japan die drittgrößte Volkswirtschaft unter den westlichen Industrienationen, und das trotz einer erheblich kleineren Bevölkerung und Fläche. In den 1980er Jahren wurde sie zweimal Exportweltmeister, das heißt, das Land mit den absolut höchsten Exporten. Und das, obwohl Deutschland geteilt war und zudem massive Flächen- und Bevölkerungsverluste hatte hinnehmen müssen.

Auch 1990 und von 2003 bis 2008 exportierte Deutschland absolut am meisten, bevor es bereits vor zehn Jahren von der Volksrepublik China abgelöst wurde. Schon vor dem Euro und vor dem Vertrag von Maastricht, also in den 1980er Jahren, wies die Bundesrepublik eine wesentlich offenere Volkswirtschaft auf als die USA oder Japan. Bereits damals lag der Anteil der grenzüberschreitenden Waren und Dienstleistungen dort bei mehr als 50 Prozent, während es in den USA und Japan ein Viertel oder weniger waren. In den 1970er Jahren war der Höhepunkt der Nachkriegsentwicklung erreicht – trotz Ölpreisschocks, Stagflation und RAF-Terrorismus.

Deutschland fällt in vielen Bereichen zurück. Die Mittelschicht schrumpft. Mittelstand und Handwerk, Rückgrat des deutschen Wohlstands, implodieren. Die Deutschen haben deutlich weniger Privatvermögen als die meisten Nachbarn, es gibt neue Armut.

Einen maßgeblichen Anteil am Wiederaufstieg Deutschlands hatte sicher der Mittelstand. Der BWL-Professor und Unternehmensberater Hermann Simon machte 1996 in seinem gleichnamigen Buch die heimlichen Gewinner, die „Hidden Champions“, einem internationalen Publikum als Phänomen begreifbar. Diese Familienunternehmen aus der Provinz machten und machen so ziemlich alles anders, als es im Lehrbuch des angelsächsischen Finanzkapitalismus vorgesehen ist. Sie haben ihren Hauptsitz meistens auf dem Land und stellen sich nicht „breit“ auf, sondern konzentrieren sich auf winzige Nischen auf dem Weltmarkt, die sie dominieren. Sie werden in wesentlichen Entscheidungen autoritär, in der Umsetzung aber partizipativ geführt. Weitere Säulen der deutschen Stärke waren das Sozialsystem, das den sozialen Frieden sicherte und Leistung ermöglichte, ein vorbildliches Bildungs- und Wissenschaftssystem sowie Konzerne von Weltgeltung, die in der „Deutschland AG“ eng miteinander verflochten waren. Ein vorbildliches dezentrales Bankensystem mit Volks- und Raiffeisenbanken und Sparkassen sowie einigen Großbanken versorgte die Wirtschaft mit langfristigen und günstigen Krediten und bot Kleinsparern Anlagemöglichkeiten.

Die Westdeutschen waren zu Recht stolz auf ihren wirtschaftlichen Wiederaufstieg. Helmut Schmidt zog 1976 für die SPD mit dem Slogan „Modell Deutschland“ in den Wahlkampf. Die CDU unter Helmut Kohl hatte mit „Freiheit statt Sozialismus“ keine Chance. Bildung, Gesundheit und Altersversorgung waren im großen und ganzen für alle Deutschen gewährleistet, und zwar unabhängig von ihrer Herkunft und sozialen Schicht. Deutschlands Wirtschaft war in der Welt respektiert, der Export des Landes boomte trotz des Verlustes von Zukunftsindustrien.

Auch die Währung blieb in den 1970er Jahren im Gegensatz zu den USA und Großbritannien einigermaßen stabil. Die starke D-Mark warf eine hohe Sozialdividende ab. Der Wettbewerbsdruck durch Aufwertungen schadete der Exportwirtschaft nicht, sondern spornte die deutschen Unternehmen zu Innovation und größerer Wettbewerbsfähigkeit an. 1989 konnten endlich auch die Deutschen in der Noch-DDR stolz sein – auf ihre friedliche Revolution, auf ihren Bürgersinn. Der Weg für das „Modell Deutschland“ – jetzt West und Ost vereint – schien frei.

Und dann begann, zunächst langsam, dann aber immer schneller, der Abstieg der deutschen Wirtschaft. Deutschland fällt in vielen Bereichen zurück. Die Mittelschicht schrumpft. Mittelstand und Handwerk, Rückgrat des deutschen Wohlstands, implodieren. In Deutschland gibt es neue Armut. In den Großkonzernen sitzen verängstigte Manager, die zum Teil ein Vielfaches ihrer Vorgänger verdienen, aber nicht in der Lage sind, ihre Unternehmen in die Zukunft zu führen. Symptomatisch hierfür mag der lange Abstieg der Deutschen Bank sein, der am 4. September 2018 mit dem Rauswurf aus dem europäischen Aktienindex EuroStoxx 50 seinen

vorläufigen Tiefpunkt erreichte. Aber auch in der Autoindustrie, der Schlüsselindustrie Deutschlands, sieht es nicht gut aus. In Bildung, Wissenschaft und Technik fällt Deutschland zurück.

Wenn die nächste Weltwirtschaftskrise über uns hereinbricht, steht Deutschland ohne Reserven da. Die Deutschen haben deutlich weniger Privatvermögen als die meisten ihrer Nachbarn, Deutschlands Industrie gebeutelt und oftmals in ausländischem Besitz, der Mittelstand ausgeblutet, die Pensionskassen und Bankbilanzen durch die Nullzinspolitik geplündert. Noch schlimmer: Die einseitige Exportorientierung, die wir uns in den letzten Jahren zu Lasten unserer Bevölkerung und unserer Infrastruktur geleistet haben, wird dazu führen, daß uns die Krise viel stärker treffen wird als andere, weniger exportorientierte Länder. Schon vor vielen Jahren warnte Deutschlands wohl renommiertester Ökonom Hans-Werner Sinn davor, daß das Land zu einer „Basarökonomie“ verkomme, die vor allem vom Handel lebt, in der aber die Wertschöpfungstiefe der Fertigung beständig abnehme.

In der nächsten Wirtschaftskrise kann es in unserem Land sehr ungemütlich werden. Durch Merkels Experiment der Grenzöffnung haben sich die Grundvoraussetzungen massiv verändert. Der gesellschaftliche Grundkonsens ist nicht mehr gegeben.

Zwar ging es Deutschland zweimal im 20. Jahrhundert sehr schlecht, aber beide Male waren die gesellschaftlichen Bedingungen andere. Nach dem Ersten Weltkrieg verloren viele Menschen ihr Vermögen in der Hyperinflation von 1923. Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, als insbesondere der Westen viele Flüchtlinge aus dem Osten aufnehmen mußte, durchlebte Deutschland Zeiten bitterster Armut. Wieder wurden die Kontoguthaben entwertet. Und die Flüchtlinge wurden keinesfalls mit offenen Armen aufgenommen, sondern eher geduldet (vgl. Andreas Kossert, „Kalte Heimat“). Ich weiß das auch von Augenzeugenberichten, denn mein Vater und seine Familie waren darunter. Aber es bestand trotz allem ein gesellschaftlicher Grundkonsens.

Heute ist das nicht mehr der Fall. Die Verarmung größerer Bevölkerungsgruppen würde auf eine gespaltene Gesellschaft treffen, die an vielen Orten schon zur multiethnischen Gesellschaft geworden ist. In etlichen No-go-Areas kann schon heute die öffentliche Sicherheit nicht mehr uneingeschränkt aufrechterhalten werden. Die Reichen sondern sich immer weiter vom Rest der Gesellschaft ab. Die Zahl der Bauern, die in Deutschland noch bis in die 1980er Jahre sehr hoch war, ist innerhalb eines Jahrhunderts drastisch gesunken, und zwar von 83,2 Prozent der Bevölkerung im Jahr 1900 auf 1,6 Prozent 2011 (Deutscher Bauernverband, „Jahrhundertvergleich“, Situationsbericht 2012/2013). Einen eigenen Garten mit zumindest teilweiser Selbstversorgung haben in unserem hochindustrialisierten Land nur noch wenige. Wohin das führen kann, haben wir vor einigen Jahren in Frankreich gesehen, als in den Vororten von Paris massive gewalttätige Unruhen ausbrachen.

In der nächsten Wirtschaftskrise kann es in diesem Land sehr ungemütlich werden. Bereits 2008 sagte die CIA in einer Studie für das Jahr 2020 die Unregierbarkeit vieler

deutscher Stadtviertel voraus. Der am 13. Januar 2017 verstorbene investigative Journalist Udo Ulfkotte schrieb ein Buch darüber („Vorsicht Bürgerkrieg! Was lange gärt, wird endlich Wut“). Ich hielt das damals für blanke Panikmache. Wenn Unruhen ausbrechen würden, dann vielleicht in Frankreich oder England, aber doch nicht im gesitteten Deutschland. Der brave Deutsche, so meine Annahme, wäre dazu gar nicht fähig. Mittlerweile bin ich mir nicht mehr so sicher. Durch Merkels Experiment der Grenzöffnung, von einer mächtigen internationalen Koalition gestützt, haben sich die Grundvoraussetzungen massiv verändert. Viele deutsche Innenstädte fühlen sich nicht mehr deutsch an. Man mag dieses „historisch einzigartige Experiment der Umwandlung einer monoethnischen monokulturellen Demokratie in eine multikulturelle“ begrüßen, wie der Harvard-Politikwissenschaftler Yasha Mounk in den Tagesthemen vom 20. Februar 2018. Egal, wie man zu diesem „einzigartigen Experiment“ steht, es läßt sich nicht bestreiten, daß die Risiken erheblich sind. Die Vorfälle von Chemnitz im Herbst 2018 geben einen Vorgeschmack.

Bereits 2010 schrieb das Nachrichtenmagazin Focus unter Bezug auf Ulfkotte: „Da ahnte selbst der amerikanische Geheimdienst noch nicht, wie schnell die Entwicklung im Herzen Europas die Studie überholen sollte. [...] Wo sollte man möglichst schnell wegziehen? Wo wird die Polizei die innere Sicherheit nicht mehr dauerhaft gewährleisten können?“ In der nächsten Wirtschaftskrise wird es richtig ungemütlich in Deutschland.

Prof. Dr. Max Otte, Jahrgang 1964, war von 2001 bis 2018 Professor für allgemeine und internationale BWL an der Hochschule Worms, von 2011 bis 2016 zugleich an der Universität Graz. Der Investor ist ein entschiedener Kritiker des Finanzkapitalismus. Max Otte ist CDU-Mitglied und Vorsitzender des Kuratoriums der AfD-nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung.

Max Otte: Weltsystemcrash. Krisen, Unruhen und die Geburt einer neuen Weltordnung, Finanzbuch-Verlag, München 2019, Hardcover, 640 Seiten, 24,99 Euro. Der Beitrag auf dieser Seite ist – mit freundlicher Genehmigung von Autor und Verlag – ein adaptierter Auszug aus dem Buch, das diese Woche erscheint.